

US Regierung droht Presse – Konsequenzen erleiden unabhängige Journalisten wie Mumia Abu-Jamal bereits seit Jahrzehnten

Am Sonntag, den 22. Januar 2017 hat US-Präsident Donald Trump über seinen Pressesekretär Sean Spicer den US-Medien mit Konsequenzen gedroht, weil sie über „*leere Plätze bei seiner Vereidigung zum Präsidenten*“ berichtet haben und sich anderer Arte missliebiger Berichterstattung schuldig gemacht hätten.

Dass Journalist*innen Drohungen US-amerikanischer Behörden sehr ernst nehmen müssen, zeigt nicht zuletzt das Schicksal des seit 1981 inhaftierten und damaligen Vorsitzenden der afroamerikanischen Journalistenvereinigung Mumia Abu-Jamal. Als Journalist berichtete er in Philadelphia und US-weit über tödliche Polizeigewalt, stellte kritische Fragen und bewirkte Untersuchungen, die Polizeichefs, Richter und Bürgermeister in arge Bedrängnis brachten.

In einem manipulierten Verfahren wurde ihm 1982 der Mord an dem Polizisten Daniel Faulkner untergeschoben, obwohl es keinen Beweis dafür gibt, der unter den inzwischen bekannten Tatsachen Bestand hält. Zwar wurde die 1982 verhängte Todesstrafe gegen Abu-Jamal aufgehoben, aber ein neues Verfahren verweigert. Noch immer sitzt er im Gefängnis und kämpft dort u.a. um medizinische Versorgung und andere Grundrechte für Gefangene, nachdem der inzwischen 62-jährige selbst im fortgeschrittenen Stadium unter Hepatitis-C leidet.

Sein Fall zeigt überdeutlich, dass unabhängige Journalist*innen auf internationale Unterstützung angewiesen sind, wenn sie in den USA ins Fadenkreuz der Behörden geraten. Das war bereits vor Donald Trump unter allen anderen Präsidenten der USA so. Die aktuellen Meldungen rufen diese Tatsache jedoch umso deutlicher zurück.

In den USA kämpfen wir heute nicht mehr um Bürgerrechte, sondern um Menschenrechte" sagte Mumia Abu-Jamal bei einem Haftbesuch des Bundesweiten FREE MUMIA Netzwerkes im Jahr 2010. Leider ist dieses Zitat aktueller denn je.

Das Free Mumia Netzwerk wird sich bemühen, auch und gerade während der Trump-Administration zu diesem Kampf um Menschenrechte so viel beizutragen, wie es in seiner Macht steht.

Für weitere Fragen steht Ihnen Anton Mestin unter 0175 – 844 25 76 zur Verfügung.